

Historie der Besoldungsklagen Grashof und Mitstreiter

Um zu dokumentieren, welchen Aufwand ich persönlich, bzw. meine Mitstreiter im Laufe der Jahre betrieben haben, um die Klärung der verfassungswidrigen Unteralimentation herbeiführen zu können, erfolgt die Offenlegung der Historie. Offensichtlich war mein Ansatz, sämtliche Berechnungen für das BVerfG mit Experten aus den jeweiligen Bereichen selbst zu erstellen (sich nicht auf den Amtsermittlungsgrundsatz der Richter zu berufen), von keinem der anderen/früheren Kläger und Rechtsanwälte derart vorangetrieben worden. Die nachfolgende Dokumentation dürfte deutlich aufzeigen, dass die angebliche „Federführung“ der GdP wohl eine falsche Wortwahl war. Trotzdem war der Beitrag der GdP für den Erfolg der Sache wichtig, aber halt nur EIN Bestandteil von vielen! Nur aufgrund der umfangreichen Finanzmittel, die zu ähnlich großen Teilen von den drei Finanzierern: 1) Unterstützer, 2) GdP und 3) BDK zur Verfügung gestellt wurden, konnte unser Rechtsanwalt entsprechend viel Zeit und Herzblut in die Verfahren investieren. Absolut hervorzuheben sind die zahlreichen Arbeiten der Experten (s. Auflistung)!

Mai	2015	fundamentales Urteil des BVerfG zur Besoldung der Richter
Juni	2015	Vorbereitungen zur Volksinitiative – rechtliche Recherche, Erstellen sämtlicher Unterlagen, Einbindung der Mitstreiter/Vertrauenspersonen
Juli	2015	Eintritt in die GdP
Aug.	2015	E-Mail an nahezu alle Polizeiangehörigen v. Dienstrechner und Start der Volksinitiative (folgend VI) – als Disziplinierungsmaßnahme für die Nutzung des Dienstrechners für eine angeblich private Aktion musste ich eine „Belehrung“ unterzeichnen, die in meine Personalakte kam
Aug.	2015	Stimmenausählung zur VI mit Unterstützung des Koll. Wabnitz (GdP)
Sept.	2015	Übergabe Volksinitiative und Unterschriftenlisten an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses in Berlin (über 20.000 gültige Unterschriften konnten in nur einem Monat durch viele sehr aktive Kollegen gesammelt werden – unterstützt von GdP und BDK)
Okt.	2015	Anträge auf Anhörung in den Ausschüssen
Nov.	2015	Bund der Steuerzahler liefert Daten für Berechnungsvergleiche
Nov.	2015	Urteil des BVerfG mit 5 Prüf-Parametern gilt auch für A-Besoldung!
Dez.	2015	Rede im Innen- und Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses
Jan.	2016	offener Brief an die Gewerkschaften (Aufforderung z. Handeln)
Jan.	2016	Suche nach ein einem geeigneten Rechtsanwalt Verfassungsrecht
Feb.	2016	Kontaktaufnahme zum vors. Richter Dr. Stuttmann (Düsseldorf), der im Urteil des BVerfG zitiert wird. In Absprache mit ihm wurden seine

Historie der Besoldungsklagen Grashof und Mitstreiter

Tabellen und Berechnungen zum Muster für unsere, die mit den für das Land Berlin spezifischen Daten erstellt werden mussten.

- Feb. 2016 Antrag auf behördlichen Rechtsschutz für Klage aufgrund verfassungswidriger Unteralimentation (wurde nach kurzer Zeit abgewiesen...)
- März 2016 Vorbereit. zur Klage, da kein adäquates Handeln der Politiker nach VI
- März 2016 Kontaktaufnahme Deutscher Richterbund Berlin (folgend: DRB)
- April 2016 **Organisation der Kläger (gewerkschaftsübergreifend) mit den für das gesamte Verfahren wichtigen Klägern von A 4 bis A 15, um den Missstand in Berlin umfassend darstellen zu können**
- April 2016 erstes schriftliches Ersuchen zur Kostenübernahme der Klage bei der GdP - detaillierte Erläuterung, weshalb UNSERE Klagen sinnvoll sind zu unterstützen, auch wenn der Justiziar der GdP davon abrät, es gäbe bereits genug Klagen (mit Berufung auf Amtsermittlungsgrundsatz)
- Mai 2016 Richter Dr. Bömecke und ich erstellten umfangreiches Datenmaterial
- Mai 2016 Treffen mit den Klägern aus dem Bundesland Sachsen, die erfolgreich Ihre Klagen beim BVerfG durchgefochten hatten. Umfangreiche Unterlagen konnten ausgewertet und Anregungen gesammelt werden
- Mai 2016 offizieller Antrag auf Kostenübernahme der Klagekosten ggü. GdP
- Mai 2016 **Besprechung bei der GdP mit BDK, DGB, DRB Berlin, RA Merkle** nach kontroverser Diskussion wird entschieden je Kläger 5.000,00 € aus gewerkschaftspolitischen Mitteln zu zahlen – 2 Kläger stammen vom BDK, drei Kläger von der GdP / ein Kläger (A 15) wird vom DGB übernommen (da auch der DGB in den Medien entsprechend erwähnt werden möchte. Die Ra'e würden das schon koordinieren können...)
- Mai 2016 Kontakt zu IGM u. AGV – Daten für Berechnungsvergleiche
- Juni 2016 feste Ansprechpartnerin beim statistischen Landesamt Bln.-Brdbg.
- Juni 2016 zahlreiche Interviews mit Presse und Radio zum Stand der Dinge
- Juni 2016 ein an die GdP übersandter Fragenkatalog mit 23 wichtigen Positionen für die Klagen wurde leider nie beantwortet – alles musste selbst erarbeitet werden / vom DGB übersandte Tabellen konnten für die Klagen nicht genutzt werden, da keinerlei Quellen-/Herkunftsangaben oder Herleitung der Berechnungen nachgeliefert wurden
- Sept. 2016 Einreichung der 5 Klagen am VG Berlin (3 x GdP, 2 x BDK)
- Okt. 2016 Ansprechpartner Feuerwehrverein hierüber Kontakt zu Kläger HSU

Historie der Besoldungsklagen Grashof und Mitstreiter

- Nov. 2016 **Nachreichung je 64-seitige Klagebegründungen für alle 5 Klagen**
- Nov. 2016 nach umfassenden Gesprächen mit dem RA wurde die GdP um eine weitere Finanzierung der Klagen ersucht. Alternativ wurde vorgeschlagen einen Spendenaufruf zu initiieren. Der Aufruf sollte NICHT erfolgen, da dies ggf. negativ für die GdP interpretiert werden könnte. Eine Prüfung wurde zugesagt, RA Merkle sollte eine Begründung und einen Kostenvoranschlag liefern – Kosten- und Zukunftsprognose
- Dez. 2016 OVG Berl.-Brdbg entscheidet **gegen** mehrere Kläger u.a. gegen HSU lässt aber Revision zu. Kurz vor dem Gerichtstermin wechselte der Feuerwehrmann Hsu zu unserem RA, da er mit seinem RA unzufrieden war. Kollege Hsu klagt seit 8 Jahren und kam erst jetzt in die zweite Instanz.
- Dez. 2016 RA Merkle liefert 9-seitige detaillierte Erläuterung seiner Kosten an die Gewerkschaften – weiteres Vorgehen wird erläutert, welches weitere Kosten verursachen wird. Da die Anschubfinanzierung aufgebraucht ist sollte im Januar eine Entscheidung über die zukünftige Kostenübernahme geklärt sein, um Fristen zu wahren und den Erfolg der Klagen nicht zu gefährden.
- Dez. 2016 BVG/VBB liefern sämtliche Daten für die Berechnungsvergleiche – bis zu diesem Punkt hatte ich allein bereits weit über 1.000 Stunden meiner Freizeit in das „Projekt“ investiert und mit dem Zählen aufgehört. Der beträchtliche Aufwand aller Mitstreiter und Experten kommt hinzu...
- Jan. 2017 DKV liefert als einzige der drei angeschriebenen Krankenkassen umfassende Daten für die Berechnungsvergleiche
- Jan. 2017 Kontakt zu einer Personalsachbearbeiterin, die mittels eines Computerprogramms die Beamtenbesoldung inklusive der steuerlichen Abzüge exakt berechnen konnte (die im Internet zur Verfügung stehenden Programme errechnen fehlerhafte Summen für Beamte) - offizielle Unterstützung wurde mir seitens der Behörde versagt. Interessant war, dass selbst angefragte Berliner Universitätseinrichtungen eine Mithilfe zu allen meinen Fragen ablehnten, da (sicherlich unbegründet) befürchtet wurde, senatsseitige Hilfen (von denen teilweise Abhängigkeiten bestanden) eventuell versagt zu bekommen, wenn veröffentlicht würde, dass sie mich unterstützt haben
- Jan. 2017 nach diversen Erinnerungen in den letzten Monaten bezüglich einer weiteren Finanzierung durch die GdP erfolgte nunmehr die Ablehnung
- Jan. 2017 aufgrund der unterbliebenen Unterstützung sowohl in fachlicher Hinsicht, als auch in weiterer finanzieller: Kündigung Mitgliedschaft GdP
- Feb. 2017 Start des **Unterstützungsaufrufs** bei Leetchi zur weiteren Finanzierung (andere geeignete Plattformen zur Einholung finanzieller Unterstützung)

Historie der Besoldungsklagen Grashof und Mitstreiter

standen für mich – als privater Organisator – nicht zur Verfügung)
aufgr. der Finanznot wurde eine geplante Beauftragung eines externen Gutachters aus Hamburg verworfen

- März 2017 Dr. Schifferdecker (Richter am Sozialgericht Berlin und stellv. Vors. des DRB Berlin) erstellt umfangreiches Datenmaterial für Berechnung
- März 2017 provokante Meldung Welt.de – „Deutschlands Hartz-IV-Polizisten arbeiten in Berlin“ – nachdem unsere Berechnungen bekannt wurden - erneut waren viele Interviews mit den Medien zu führen
- April 2017 Revisionsbegründung mit Anlagen für HSU an BVerwG übersandt
Anlagen stammen überwiegend aus den durch die Experten zugestellten Daten – Auswertung/Übertragung/Berechnung/Tabellen von mir
- Juni 2017 Vortrag Landesdelegiertentag BDK – **Unterstützungsbitte genehmigt** der BDK unterstützt die Klänergemeinschaft mit einer weiteren Summe in Höhe von 5.000,00 €
- Juni 2017 OVG Bln-Brdbg. überlegt erstmalig A-Besoldung als verf.w. anzusehen
- Juli 2017 Unterstützung der RA´e in Klageverfahren A 7 und A 8 beim OVG Bln. in Form der Übermittlung unserer erarbeiteten Daten und von Infos durch unseren RA, die nach eigener Entscheidung verwendet werden konnten (zumindest eine der Klagen wurde u.a. vom dbb finanziert – das stellt die DpolG („Anhang“ des dbb) in ihren Äußerungen immer dar, um mitzuteilen, dass auch sie einen Beitrag zum Erfolg der Kläger geleistet hat – nur nebenbei sei erwähnt, dass die DpolG seit der VI gegen unsere Initiative schießt, da wir den politischen Lösungsweg, der so erfolgreich durch die DpolG beschritten wurde, zerstören würden...)
- Juli 2017 Eintritt in den BDK
- Sept. 2017 erweiterte Revisionsbegründung für HSU gemeinsam mit RA erarbeitet
Begründ. u. erweiterte Begründung sind als ergänzende Klagebegründung in unseren Klageverfahren (VG Bln.) in ähnlicher Form nutzbar
- Sept. 2017 Verhandlung BVerwG – A+R-Besoldung in Berlin verfassungswidrig
Vorlagebeschlüsse mit Details müssen abgewartet werden – nur unser RA wird von dem Vorsitzenden Richter zur Herkunft seiner Daten befragt. Die gemeinsam erarbeitete Revisionsbegründung findet sich in vielen Stellen in den Vorlagebeschlüssen wieder (Vergleiche kann jeder selbst durchführen, da z.B. auf Berliner-Besoldung.de veröffentlicht!)
- Okt. 2017 nachdem die Richter des OVG Bln-Brdbg dem Termin beim BVerwG als Zuhörer beiwohnten, entschieden sie schnell zu reagieren und eine eigene (ÜBERAUS senatsfreundliche) Berechnung zu erstellen, um diese dem BVerfG vorzulegen - mussten aber trotzdem zum Ergebnis kommen: die A-Besoldung für A 7 und A 8 ist verfassungswidrig

Historie der Besoldungsklagen Grashof und Mitstreiter

- Okt. 2017 www.Berliner-Besoldung.de wurde von Mirko Prinz ins Leben gerufen und absolut kostenfrei für unsere Initiative bereitgestellt. Diese Seite bietet eine Zugriffsmöglichkeit für alle Interessierte. Durch die von ihm geschaffene Homepage konnten die von allen Beteiligten erstellten und von mir gesammelten und aufgearbeiteten Daten, Berichte, Kritiken, Stellungnahmen und Musterwidersprüche umgehend online zur Verfügung gestellt werden. Eine sehr willkommene Informationssammlung, die in Spitzenzeiten bis zu 30.000 Zugriffe täglich aufweist! Wenn schon die Behörde **nicht** von sich aus informiert, so tun wir es mit dieser Homepage! An dieser Stelle ein herzliches Danke an Mirko Prinz!
- Feb. 2018 Frau Koppers lehnt meine persönlich vorgetragene Bitte um Bekanntgabe der Existenz der Homepage Berliner-Besoldung.de an alle Mitarbeiter zur Info (z.B. Widerspruchssituation) ab, es wäre illoyal ggü. Ihrem Dienstherrn
- März 2018 **veröffentlichte Vorlagebeschlüsse des BVerwG zeigen überdeutlich die verfassungswidrige Besoldung im Land Berlin seit dem Jahr 2008/9 auf und zwar WESENTLICH deutlicher, als die Berechnung des OVG Berlin-Brandenburg zur Besoldung A 7 und A 8!**
- April 2018 Petition Wertschätzung und Rechtschaffenheit (derz. noch unbeantw.) - immer wieder erfolgten Versuche unsererseits, den Abgeordneten einen Spiegel vorzuhalten. DRB Berlin und wir wiesen Taschenspielertricks nach (fehlerhafte Berechnungen von Sen Fin – Korrektur erfolgte nie) alles zu finden unter www.Berliner-Besoldung.de
- Juni 2018 Der Kläger A 15 ist enttäuscht von den Leistungen des Rechtsanwaltes des DGB und wechselt zu unserem RA
- Juli 2018 Vortrag bei GdP – Landesbezirksvorstandssitzung – Ersuchen um weitere finanzielle Unterstützung – nach sehr kontrovers geführter Debatte wird seitens der GdP beschlossen: Meine Initiative wird NICHT unterstützt, aber das eigene Mitglied HSU erhält weitere 3.000,00 € für die Fortführung der RA-Arbeit

Weiteres Vorgehen:

Unser RA fertigt die weiterführenden Klagebegründungen für die Kläger der Besoldungsgruppen A 4 und A 15, wie auch die Ergänzung zum Vorlagebeschluss des BVerwG an das BVerfG für den Kollegen Hsu. Hierzu nutzt er die Daten, die von allen hier aufgeführten Mitstreitern/Zuarbeitern gesammelt und von mir entsprechend aufbereitet wurden. Im Anschluss bleibt abzuwarten, wie die zuständigen Richter am VG Berlin und beim BVerfG entscheiden.

Historie der Besoldungsklagen Grashof und Mitstreiter

Resümee:

Die **hervorragende Zusammenarbeit** mit dem DRB Berlin, dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, dem Vorsitzenden Richter Dr. Stuttmann, (der in mehreren Urteilen des BVerwG und des BVerfG zitiert wurde) und all den weiteren beteiligten Personen erstreckt sich nunmehr über viele Jahre. Dabei müssen die mittlerweile unzähligen Tabellen, Berechnungen und Nachweise den aktuellen Jahren und der neuesten Rechtslage jeweils neu angepasst werden. Die in dieser Historie dargestellten Kontakte zu diesen Mitstreitern spiegeln nur die Highlights wieder und geben keine Auskunft über die jahrelange geleistete intensive zeitaufwendige aber sehr fruchtbare Zusammenarbeit. Ebenso wie wir z.B. von den Daten des DRB partizipieren konnten, wurden auch unsere Ausarbeitungen in deren Verfahren genutzt. Auch durch das Teilen von Infos mit Kollegen in Thüringen und im Saarland, konnten wir uns gegenseitig bereichern. Schließlich erzielte auch der Kollege im Saarland eine Direktvorlage zum BVerfG! Genau so muss eine Zusammenarbeit laufen, denn **nur GEMEINSAM** können wir die gesamte Tragweite der verfassungswidrigen Unteralimentation in den Ländern anschaulich darstellen. Es freut mich sehr, dass ich die Gelegenheit und die Ehre hatte, all diese Spezialisten auf ihren Gebieten zusammen führen zu können, so dass wir den wundervollen Erfolg vorerst mit den Vorlagebeschlüssen des BVerwG erzielen konnten! Gelingt es uns auch weiterhin in dieser Art zusammen zu wirken, werden wir auch das BVerfG von den unzumutbaren Zuständen im Land Berlin überzeugen. **Dafür kämpfe ich - kämpfen WIR (hoffentlich) alle gemeinsam weiter!**

Uns ALLEN alles Gute!

André Grashof – www.Berliner-Besoldung.de